

**Brisante Mischung**

Barbara Unmüßig analysiert das Machtgefüge in der G20

**3**

**Teurer Deal**

Malte Kreuzfeldt beleuchtet die G20-Investitionen in die Infrastruktur

**24**

**Klarer Kurs**

Gerhard Schick fordert die Finanzwende von der G20

**35**

# böll

**THEMA**

Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung  
Ausgabe 1, 2017

## Die G20

## am Scheideweg



# Inhalt

## Editorial

- 1 **G20 – wir mischen uns ein!** —  
Von *Barbara Unmüßig*
- Die Gruppe der Zwanzig:  
Fakten, Zahlen, Positionen**
- 3 **Die G20 am Scheideweg** — Eine Einführung  
Von *Barbara Unmüßig*
- 5 **Alles über die Gruppe der Zwanzig (G20) auf einen Blick** — Wer gehört zur G20? Warum gibt es sie? Wie arbeitet sie? (5); Das Planetensystem der Beteiligungsgruppen (8); Welches Land steht wann an der Spitze der G20? (9); Investitionen in die Infrastruktur und öffentlich-private Partnerschaften (10); Die Agenda der Bundesregierung im Jahr ihrer Präsidentschaft 2017(10)  
Von *Heike Löschmann und Nancy Alexander*
- 11 **Macht versus Gerechtigkeit** — Warum die UNO das inklusivste Forum in der Welt der Global Governance ist.  
Von *Bhumika Muchhala*
- 13 **Von Gipfelstürmerinnen und Gipfelstürmern** — Wer sind die Menschen, die sich rund um den G20-Gipfel engagieren? Was bewegt sie, was treibt sie an? (13–16) Dazu viele Termine (17) und ein Streitgespräch zwischen Thomas Eberhardt-Köster von Attac und Uwe Hixsch von den NaturFreunden Deutschland (18–19).  
Von *Lena Kaiser und Katharina Schipkowski*
- 20 **«Wir müssen neue Allianzen bilden»** — Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen, über die deutsche Präsidentschaft, Donald Trump und die Rolle Europas im Machtgefüge der G20.  
*Interview: Michael Álvarez und Elisabeth Schmidt-Landenberger*
- Der Mythos vom Wachstum: G20 und die Investitionen in die Infrastruktur**
- 24 **Die Rechnung kommt zum Schluss** — Auch unter deutscher Präsidentschaft hat die G20 das Thema Investitionen in die öffentliche Infrastruktur weit oben auf ihrer Agenda platziert. Keine gute Nachricht.  
Von *Malte Kreuzfeldt*
- 26 **Vorher arm, jetzt hoffnungslos** — Ein neue, von Peking geführte Bank macht der Weltbank-Gruppe Konkurrenz. Beide wollen in Infrastrukturprojekte investieren.  
Von *Korinna Horta*

- 28 **«Eine Kohlekraftwerk ist das Letzte, was wir brauchen»** — In Lamu, einem Inselarchipel an der Küste Kenias, wird kräftig gebaut. Die Menschen haben begonnen sich zu wehren.  
Von *Kirsten Maas-Albert*
- 30 **Alter Wein in neuen Schläuchen** — Ein Schwerpunkt auf der Agenda der deutschen Präsidentschaft ist Afrika. Nichts an den Plänen ist wirklich falsch, nichts wirklich neu.  
Von *Dominic Johnson*
- 32 **«Lassen wir uns das gefallen?»** — In Deutschland soll eine Infrastrukturgesellschaft die Verantwortung für die Autobahnen übernehmen. Ein Gespräch mit Carl Waßmuth vom Verein «Gemeingut in BürgerInnenhand».  
*Interview: Kai Schlieter*
- 33 **Projekt Superbehörde** — Die Privatisierung der deutschen Autobahnen: wie Politiker/innen und Konzerne die Demokratie aushöhlen.  
Von *Kai Schlieter*
- Unter der Lupe: andere Themen der deutschen G20-Agenda**
- 35 **Die Finanzwende** — Beim G20-Finanzgipfel geht's jetzt ums Ganze. Großbanken sind immer noch ein globales Risiko.  
Von *Gerhard Schick*
- 37 **Ein Pflaster heilt nicht** — Die Ebolaseuche war ein Weckruf: Zum ersten Mal treffen sich im Vorfeld des Gipfels auch die Gesundheitsminister/innen der G20-Staaten.  
Von *Anne Jung*
- 39 **«Die Expertise aller Frauen – eine geballte Kraft»** — Die ökonomische Gleichstellung – mehr als nur Worte? Ein Gespräch mit Juliane Rosin, Leiterin von Women20 (W20).  
*Interview: Elisabeth Schmidt-Landenberger*
- Lesen Sie weiter im Netz**
- Was passiert in der Welt?** — Büroleiter/innen der Heinrich-Böll-Stiftung berichten.
- «Nutzlos und ein wirtschaftliches Desaster»** — Ein Interview mit Gino Cocchiaro von «Natural Justice», Kenia.  
Von *Elisabeth Schmidt-Landenberger*
- Projekt Superbehörde** — Den ungekürzten Text mit weiteren Details und Quellen.  
Von *Kai Schlieter*



→ S.20 «Wir müssen Allianzen bilden»: Jürgen Trittin im Interview.



→ S.28 «Ein Kohlekraftwerk ist das Letzte, was wir brauchen»: In Lamu, Kenia, regt sich Widerstand gegen Infrastrukturprojekte.

## Der Mythos vom Wachstum: G20 und die Investitionen in die Infrastruktur

**Eine neue, von Peking geführte Bank macht der Weltbank-Gruppe Konkurrenz. Beide sind bereit, in großem Stil in Infrastrukturprojekte zu investieren. Verbindliche Umwelt- und Sozialstandards aber gelten zunehmend als Hindernis für die reibungslose Kreditvergabe und den freien Wettbewerb – zulasten der Menschen und Gemeinden, die eigentlich von diesen Projekten profitieren sollen.**

# Vorher arm, jetzt hoffnungslos

Von **Korinna Horta**

**D**ie G20-Staaten sind sich einig: Investitionen in groß angelegte Infrastrukturvorhaben sind dringend notwendig, um das schwache globale Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Das hört sich zunächst einmal gut an. Wollen wir nicht alle gute Infrastruktur, die unsere Lebensqualität verbessert? Infrastruktur könnte endlich Zugang zu sauberem Wasser und Sanitäreinrichtungen für die über eine Milliarde Menschen schaffen, die bis heute diese lebenswichtigen Bedingungen entbehren müssen.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), ein Club reicher Industrienationen, hat für die G20 errechnet, dass in den nächsten 15 Jahre 92 Billionen Dollar notwendig sein werden, um der Nachfrage nach globaler Infrastruktur gerecht zu werden. Diese Summe entspricht einem Vielfachen des jährlichen Bruttonationaleinkommens der gesamten Europäischen Union. Gleichzeitig fordert die OECD sehr deutlich, dass die Investitionen in die Infrastruktur genauer und am Bedarf orientiert geplant werden müssten. Sie verweist damit auf das Problem der vielen Bauruinen, der Großprojekte, die keinen wirtschaftlichen Nutzen für die Menschen haben, die gigantische Summen verschlingen und die Verschuldung erhöhen, die zu Korruption verführen und die häufig über den Kopf der Menschen beschlossen werden, die direkt vor Ort leben.

Wird diese Warnung der OECD berücksichtigt werden? Das ist eine offene Frage, die es umso wichtiger macht, sich genau anzuschauen, wie und von wem die Investitionen in die Infrastruktur finanziert werden sollen.

### Multilaterale Entwicklungsbanken steigen ganz groß ein

Es gibt viel Kapital in der Welt, das nicht weiß, wo es gewinnbringend angelegt werden kann. Praktisch negative Zinsen führen dazu, dass europäische Banken zum Beispiel nicht wissen, wohin mit dem Geld. Sie bezahlen dafür, es bei der Europäischen Zentralbank zu hinterlegen. Investitionen in Infrastrukturprojekte im globalen Süden sind ihnen mit zu hohen Risiken verknüpft.

An diesem Punkt kommen die multilateralen Entwicklungsbanken (MDBs) ins Spiel. Das sind Finanzinstitutionen, die öffentliche Gelder direkt aus den Entwicklungshilfebudgets oder Finanzgarantien der Regierungen erhalten. Mit den Garantien nehmen die MDBs selbst Kredite an internationalen Finanzmärkten zu günstigen Zinsen auf, um sie dann weiter an Länder im globalen Süden zu verleihen. Die bisher einflussreichste MDB ist die Weltbank, die Bundesrepublik ist einer ihrer wichtigsten Anteilseigner. Das offizielle Ziel der Weltbank ist es, Armut im globalen Süden zu reduzieren und nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Schon auf dem G20-Gipfel im November 2014 erklärten die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und regionale Entwicklungsbanken ihre Absicht, Synergien zu bündeln und groß in die Finanzierung von Infrastrukturprogrammen einzusteigen. Dabei sollen die Milliardeninvestitionen, die sie mit öffentlichen Geldern vornehmen, hauptsächlich dazu dienen, weit größere private Kapitalflüsse zu mobilisieren. Ihre Beteiligung an Projekten soll ein günstiges Investitionsklima schaffen und die Risiken des Privatkapitals weitgehend abdecken. Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPPs) sind dabei ein beliebtes

Finanzierungsmodell, das allzu oft private Profite garantiert, aber zu hohen Staatsschulden und Kosten für die Bürger/innen führt.

Schon 2013 setzte die Weltbank-Gruppe auf eine neue Strategie der Finanzierung von Megaprojekten. Dabei will sie die Finanzierung von sogenannten transformatorischen Projekten fördern, die ganze Gesellschaften umkrempeln. Leider ist festzustellen, dass sie die Lektionen aus dem Fiasko früherer Megaprojekte nicht gelernt hat. Ein Beispiel ist das Projekt einer tausend Kilometer langen Ölpipeline vom Tschad an die Atlantikküste Kameruns.

Dieses Megaprojekt mit Gesamtkosten von über sieben Milliarden Dollar in einer der ärmsten Regionen Afrikas sollte «transformatorisch» sein. Allerdings führte es zu steigender Armut und schlechterer



Regierungsführung im Tschad. Der Bevölkerung geht es jetzt noch schlechter als vor dem Projekt, besonders hart betroffen sind die Gemeinden in der Ölregion: Jetzt sind sie ohne Zugang zu Land und Wasser, die dort lebenden Menschen dürfen sich in dem militarisierten Ölfördergebiet nicht frei bewegen. Vor dem Projekt waren sie arm, jetzt leben sie unter verzweifelten Bedingungen.

#### **Asiatische Infrastruktur Investment Bank (AIIB): Ein neuer Akteur betritt die Bühne**

Die Weltbank bekommt jetzt Konkurrenz. Ein neuer Akteur in der globalen Finanzarchitektur ist die von Peking geführte Asiatische Infrastruktur Investment Bank (AIIB), die nach nur kurzer Vorbereitungszeit 2016 ihr Geschäft aufgenommen hat. Die AIIB ist ein weiteres Zeichen dafür, wie sich wirtschaftliche und politische Macht nach China verlagert hat. Peking steht nun zum ersten Mal an der Spitze einer multilateralen Institution, die chinesische Wirtschafts- und geopolitische Interessen durch große Infrastrukturprojekte fördern wird. Die Bundesrepublik ist der größte nicht-regionale Anteilseigner der AIIB mit ganz klaren Interessen: Die Exportindustrie will an groß angelegten Infrastrukturprojekten beteiligt sein. Das Finanzministerium, nicht das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, ist federführend. Es begründet die Teilhabe offiziell damit, auf diese Weise die laschen AIIB-Standards beeinflussen zu wollen. Ob das angesichts der Übermacht Pekings eine realistische Einschätzung ist, muss sich erst noch erweisen.

Der Einfluss der AIIB auf die von Washington geführte Weltbank ist hingegen eindeutig. Die Weltbank fürchtet, Geschäfte an die AIIB zu verlieren, Umwelt- und Sozialstandards erscheinen da zunehmend als Hindernis für die reibungslose Kreditvergabe und den freien Wettbewerb. Im Sommer 2016 verabschiedete die Weltbank neue Umwelt- und Sozialstandards, die weitgehend unverbindlich sind und darauf zielen, die Verantwortung für Schutz von Mensch und Umwelt zunehmend an die Kreditnehmer abzugeben. Die Weltbank sagt zwar technische Hilfe zu, um Länder dabei zu unterstützen, ihre eigenen Standards zum Schutz von Mensch und Umwelt umzusetzen. Technische Hilfe aber ist zum einen kein Allheilmittel und kann zum anderen international verbindliche Standards nicht ersetzen.

Geht es zum Beispiel um Zwangsumsiedlungen, haben Regierungen oft nicht den politischen Willen, die betroffenen Menschen zu entschädigen und ihre Lebensgrundlage wieder herzustellen. Der Bau großer Infrastruktur wird jedenfalls nicht so lange warten, bis alles getan ist, um Umwelt und Menschen vor deren negativen Folgen zu schützen.

Die Kluft zwischen der Finanzierung von Projekten und der Achtung der Menschenrechte wird nicht

«  
**Die G20 macht es sich zu leicht, wenn sie große Investitionen in Infrastruktur beschließt, ohne zu bedenken, welche Folgen das für die Menschen und die Umwelt hat.**  
»

kleiner, sondern eher größer, wie die neuen Standards der Weltbank zeigen. Und von China wissen wir, dass ein Menschenrecht wie zum Beispiel das Recht auf Meinungsäußerung nur unter hohen persönlichen Risiken, einschließlich Lebensgefahr, wahrgenommen werden kann. Es ist anzunehmen, dass diese Haltung in der AIIB widerhallen wird.

Die G20 macht es sich zu leicht, große Investitionen in Infrastruktur zu fördern, wenn nicht gleichzeitig die gesamte Palette von deren Umwelt- und Sozialauswirkungen berücksichtigt wird. Die Bundesrepublik als wichtiger Anteilseigner der multilateralen Banken trägt große Mitverantwortung und sollte sich für menschen- und umweltfreundliche Infrastruktur einsetzen. Die Prioritäten und Grundbedürfnisse der Betroffenen – wie Zugang zu sauberem Wasser oder Gesundheitseinrichtungen – müssen dabei im Vordergrund stehen. ■■■

**Korinna Horta** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei «urgewald» (urgewald.org), einer Umwelt- und Menschenrechtsorganisation. Sie studierte Wirtschaftswissenschaften an der Johns-Hopkins University in Washington und promovierte zum Thema politische Ökologie an der University of London.

Weitere Informationen unter:

boell.de/G20, u. a.:  
«G20 und die Investitionspolitik»  
von Motoko Aizawa

